

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/33

Bonn, den 16. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
	Ist das der richtige Ton ? ----- Vom Umgang mit Verbündeten	49
2	Berlin wird noch nicht "Weißer Kreis" ----- Erfreuliche Einsicht im Bundestag Von Margarete Berger-Heise, MdB, Berlin	34
3	Es gärt weiter in Spanien ----- Arbeiter- und Studentendemonstrationen reißen nicht ab Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	40
4	Ein verdienter Europäer ----- Zum Ausscheiden von Ernst Paul aus dem Europarat	33
5 - 6	Verlegenheit in Athen ----- Prozeß über die "Affäre ASPEDA" verläuft im Sande Von Dr. Basil Mathiopoulos	71

Ist das der richtige Ton ?

Vom Umgang mit Verbündeten

sp - In jüngster Zeit wird in der deutschen Öffentlichkeit eine unterschwellige Kampagne gegen die Verbündeten der Bundesrepublik geführt. Das geht von der lautstarken Argumentation gegen den Atomsperrvertrag über das Hochspielen von angeblichen Äußerungen ausländischer Staatsmänner zur Frage der Oder-Neiße-Grenze bis zu der Behauptung, einige unserer Verbündeten wollten uns Deutsche zusammen mit den Sowjets "verschaukeln". Bei näherer Betrachtung dieser und ähnlicher Aufschreie stellt sich schnell heraus, daß Fehlinterpretationen, Meldungen, die von Hörensagen entstanden sind, und sogar falsche Behauptungen der Hintergrund einer solchen Kampagne sind.

Wochenlang hat man in der Bundesrepublik behauptet, "die Amerikaner und die Russen" wären sich über den Text des Atomsperrvertrags schon einig. Trotzdem Bundesaußenminister Willy Brandt nach seiner Rückkehr aus den USA erklärte, er habe bei seinen Gesprächen in Washington die Gewißheit gewonnen, daß keineswegs ein amerikanisch-sowjetischer Vertragstext bestehe, wurde die gegenteilige Behauptung aufrechterhalten. Jetzt hat der amerikanische Chefdelegierte bei der UNO-Abbrüstungskommission in Genf erneut versichert, es liege kein gemeinsamer unterschrittsreifer amerikanisch-sowjetischer Vertragstext vor. Wir sind gespannt, ob man trotzdem noch weiterhin das Gegenteil behaupten wird. Man muß darauf gefaßt sein, denn noch heute ist in deutschen Zeitungen zu lesen, der geplante Atomsperrvertrag belastete unsere Freundschaft mit den USA...

Mit den Meldungen über die angebliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die britische Regierung ist es so ähnlich. Bevor der genaue Wortlaut einer Äußerung des britischen Außenministers zu dieser Frage vorlag, stürzte man sich in der Bundesrepublik in heftige Polemiken gegen den britischen Bündnispartner und veröffentlichte geharnischte Proteste. Jetzt, nachdem der Wortlaut vorliegt und die britische Regierung erneut erklärt hat, sie sei nach wie vor der Meinung, daß die Frage der Oder-Neiße-Grenze erst in einem Friedensvertrag geregelt werden könne und daß sie nicht die Absicht habe, den Nachbargebiet Ulbrichts als "deutschen Staat" anzuerkennen, werden sich die aufgeregten Gemüter hoffentlich wieder beruhigen.

Aber was soll das alles? Wollte man in der Bundesrepublik schon vor dem Besuch des britischen Premierministers und seines Außenministers, der Gespräche über den Beitritt Großbritanniens zur EWG dienen sollte, eine gewisse Anti-Stimmung erzeugen? Will man mit der Diskussion über einen noch nicht vollständig bekannten Text zu einem Atomsperrvertrag die Aufmerksamkeit der Welt auf fatale Weise auf die Bundesrepublik lenken? Gewiß, bei dem Atomsperrvertrag sind einige Fragen zu klären, die die Interessen der deutschen Wirtschaft aufs engste betreffen. Aber muß man das in einer Form tun, daß selbst in den Zeitungen der mit uns verbündeten Staaten - ganz zu schweigen von den Ostblockstaaten - der Eindruck entsteht, ausgerechnet wir Deutschen wollten das Zustandekommen eines Atomsperrvertrages verhindern?

Wer da glaubt, daß auf diese Weise gute deutsche Politik gemacht werden kann, irrt sich. Er benimmt sich wie der Mann, der bei einer Rede an der falschen Stelle klatscht oder auf dem falschen Bein Hurra schreit.

Berlin wird noch nicht "Weißer Kreis"

Erfreuliche Einsicht im Bundestag

Von Margarete Berger-Heise, MdB, Berlin

Am Mittwoch dieser Woche hat der Bundestag beschlossen, daß in Berlin erst am 1. Januar 1970 die Mietpreisbindung fallen wird und das Mieterschutzgesetz durch ein hoffentlich bis dahin wirklich sozial gestaltetes Mietrecht ersetzt werden kann.

Abgeordnete der SPD und der FDP hatten zusammen einen Antrag eingebracht, der Endtermin für die Abbaugesetze solle für Berlin um zwei Jahre hinausgeschoben werden. Die CDU war bereit, die Kriterien des Gesetzes etwas zu verändern und sich für zusätzliche Wohnungsbau Mittel einzusetzen, schloß sich aber dem Antrag nicht an. Der zuständige Ausschuß entschied sich in nur drei Sitzungen dennoch mit nur einer Gegenstimme für den SPD-FDP-Antrag. Ein Antrag der SPD-Fraktion zur Umgestaltung des Mietrechts stand inzwischen schon auf der Tagesordnung des Wohnungsbau-Ausschusses.

In Berlin können die Vermieter von Altbauwohnungen nunmehr vom 1. Juli 1968 an eine Mieterhöhung von 15 Prozent auf die am 31. Dezember 1965 preisrechtlich zulässige Grundmiete erheben. Sogenannte Bruchhauden sind auch jetzt von Mieterhöhungen ausgeschlossen.

Für die Sozialwohnungen, die nach dem 1. Wohnungsbaugesetz erstellt wurden, gilt nun ab 1. Juli 1968 die Kostenmiete, die die Mieter der nach dem 2. Wohnungsbaugesetz erstellten Wohnungen bereits errichten.

Während im übrigen Bundesgebiet alle Geschäftsraummieten ungebunden sind, unterliegen im Land Berlin solche Geschäftsräume weiterhin der Preisbindung, die mit Wohnräumen zusammen vermietet wurden, vorausgesetzt, der Mietwert der Wohnräume beträgt mindestens $\frac{1}{3}$ des gesamten Mietwertes. Für diese Mischobjekte ist ab 1. Juli 1968 ein Mietzuschlag von 25 Prozent auf die preisrechtlich zulässige Miete gestattet.

Mit dieser Gesetzesänderung für Berlin ist das starre Dogma der vielumstrittenen Defizitberechnungen, die die Grundlage der Abbaugesetze bilden, erstmals zugunsten eines festen Termins durchbrochen worden. Bis dahin glaubt der Senat von Berlin seiner Bevölkerung eine ausreichende Wohnungsversorgung bieten zu können. Hamburg, München, Köln und andere Großstädte fürchten Ende dieses Jahres mit einer beträchtlichen Interbilanz in die liberalisierte Wohnungswirtschaft gehen zu müssen und bemühen sich ebenfalls um eine Änderung der Abbaugesetze.

Es gärt weiter in Spanien

Arbeiter- und Studentendemonstrationen reißen nicht ab

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

In Spaniens Arbeiter- und Studentenschaft gärt es weiter. Ein Grund großen Unbehagens war der Beschluß der Madrider Syndikatsleitung, elf gewählte Funktionäre einfach abzusetzen, weil sie sich mit einem kritischen Artikel in der katholischen Zeitschrift "Juventud Obrera" identifiziert hatten, den der frühere "Perkins"-Betriebsrat Ariza-Rico verfaßt hatte, als den Syndikatsfunktionären der Madrider Metallarbeiter von der Leitung ein Maulkorb umgehängt werden und die "außer-syndikalistische Betätigung" verboten werden sollte, verließen 22 Funktionäre, die mit den "Arbeiterkommissionen" sympathisieren, unter Protestrufen das Versammlungslokal.

Die Streikwelle hielt an: je 5 000 Arbeiter der Madrider Staatseisenbahn RENFE und der Barceloneser "Siemens-Werke" waren davon betroffen, ebenso wie 6 500 Arbeiter der "Standard Electrica" in Madrid, die dann für drei Tage ausgesperrt wurden. In Sevilla beschuldigte eine dortige Tageszeitung die US-Gesellschaft "International Harvester" an der Arbeitslosigkeit von 700 Spaniern durch nichterfüllte Versprechungen schuld zu sein. Vor einem Jahr hatte das Unternehmen einen spanischen Betrieb übernommen und den 700 entlassenen Arbeitern zugesagt, sie würden in einem Fabrik-Neubau mit 1 500 Arbeitsplätzen unterkommen. Doch bis heute ist noch nicht einmal der erste Spatenstich getan worden...

Auf dem studentischen Sektor ist ein Zurückweichen des offiziellen Studentenverbandes AE (früher APD) und ein Vordringen der "freien Studenten" zu beobachten: in Sevilla löste sich der AE-Ortsverband auf. In Barcelona verlangten 150 Ärzte, die gegen die dortigen Studenten ergriffenen Maßregelungen zurückzunehmen. In Salamanca bleiben die Studenten den Vorlesungen fern aus Solidarität mit den Kommilitonen in Valencia, Barcelona, Santiago de Compostela und Madrid.

Während die 30 000 Madrider Studenten wieder die Vorlesungen besuchen konnten, verbrannten in Bilbao die Studenten der Universität Deusto mehrere Zeitungen, gegen deren "verleumderische Berichterstattung" sie protestierten. Und in Madrid gehen gefüllte Exemplare der Zeitung "ABC" von Hand zu Hand, in denen das Franco-Regime heftig angegriffen wird. Angeblich wurde diese Fälschung aus Südamerika eingeschleust.

Inzwischen haben Studenten angekündigt, sie wollten ihre "Protestwelle" fortsetzen. In Spanien drohen weitere innere Auseinandersetzungen, deren Ende nicht abzusehen ist - so sieht es wenigstens im Augenblick aus.

Ein verdienter Europäer

Zum Ausscheiden von Ernst Paul aus dem Europarat

E.H. Es gibt nur noch wenige Parlamentarier in Europa, die seit Gründung des Europarats und der Westeuropäischen Union, bis heute ununterbrochen in den Parlamentarischen Versammlungen beider Institutionen vertreten sind. Einer dieser wenigen ist der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Paul. Er kann von sich behaupten, nicht nur dem Bundestag, sondern auch der Beratenden Versammlung des Europarats und der WEU-Versammlung von Anfang an angehört zu haben.

Bunde 37 Jahre ist Ernst Paul der Straßburger Parlamentarier-Versammlung treu geblieben. Als 1954 die Bundesrepublik Deutschland der Westeuropäischen Union beitrug, wurde Paul auch Mitglied der WEU-Versammlung in Paris. Jahrelang war der in Nordböhmen geborene SPD-Politiker, der in diesem Jahr seinen siebzigsten Geburtstag begeht, Leiter der deutschen Parlamentarier-Delegation bei der WEU und stellvertretender Leiter der deutschen Parlamentarier-Delegation beim Europarat. Neun Jahre leitete er den Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen der Beratenden Versammlung des Europarats.

Als von der braunen Diktatur zur Emigration gezwungener Politiker und Journalist, der nach dem Zweiten Weltkrieg gegen das Unrecht der Vertreibung kämpfte, war Ernst Paul dieser Ausschuß auf den Leib geschrieben. Jedes Jahr wurde er als Ausschußvorsitzender von den Abgeordneten wiedergewählt. Im Europarat setzte er sich mit Nachdruck für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in ganz Europa ein; auf seine Initiative geht das Eingreifen der Straßburger Institution zugunsten der Zypernflüchtlinge zurück. Auch die 1966 vom Europarat in Straßburg abgehaltene demographische Konferenz, an der auch Experten aus einigen osteuropäischen Staaten teilnahmen, basiert auf seiner Anregung. - Der Sozialdemokrat Ernst Paul hat durch sein Wirken in den Europäischen Parlamentarier-Versammlungen viel für die Aussöhnung und Annäherung von West- und Osteuropa getan. Sein Mandat im Europarat und der WEU hat er jetzt niedergelegt. Dem Deutschen Bundestag wird er weiterhin angehören.

Verlegenheit in Athen

Prozeß über die "Affäre ASPIDA" verläuft im Sande

Von Dr. Basil Mäthiopoulos

Zwei Monate nach der Eröffnung des Prozesses vor dem Militärgericht in Athen, in dem sich 28 Offiziere höheren und mittleren Ranges der Anklage des "Hochverrats" unterzeichnen müssen, hat das Gericht beschlossen, die Verhandlungen nunmehr unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortzuführen. Während der öffentlichen Sitzungen war es dem Militärgericht nicht gelungen, irgendwelche sensationelle Entdeckungen zu machen. Die Behauptung, daß die ASPIDA-Verschwörung einen "Putsch gegen die Verfassung" vorbereite, konnte nicht aufrechterhalten werden.

Einer der wichtigsten Zeugen der Anklage, der ehemalige Staatssekretär für Verteidigung, General Papanikolopoulos, dementierte mittlerweile Aussagen, nach denen in der Nacht des Rücktritts des Ministerpräsidenten Papandreu am 15. Juli 1965 ein Putsch inszeniert werden sollte. Ebenfalls hat der bekannte Zeuge der Anklage, General Grivas, inzwischen andere Tatbestände über die Tätigkeit der ASPIDA-Offiziere auf Zypern konstatiert, bei denen jedoch nicht von Putschversuchen in Griechenland gesprochen wurde. Nach wie vor bleibt besonders auch noch die Behauptung einen Beweis schuldig, daß Politiker der Partei der Zentrumsunion, an ihrer Spitze der Sohn des früheren Regierungschefs Papandreu, mit in diese Verschwörung verwickelt seien.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß der Staatsanwalt, dem es obliegen sollte, acht Politiker der Teilnahme wegen anzuklagen, noch nicht einmal entschieden hat, ob überhaupt eine Anklage zu erheben sei, obwohl er doch schon seit Anfang Oktober letzten Jahres über die Unterlagen des militärischen Untersuchungsgerichts verfügt. Zudem liegt nach griechischem Gesetz die Kompetenz über irgendwelche Vergehen, wegen derer Minister zur Rechenschaft gezogen werden können - und die acht angeblich schuldigen waren allesamt Kabinettsmitglieder in den Regierungen Papandreu und Stefanopoulos, als die ASPIDA-Affäre auftauchte - ausschließlich in den Händen des Parlaments; im Sinne eben dieses Gesetzes aber wurde vor dem Parlament noch kein Verfahren eingeleitet, das Problem wurde sogar noch nicht einmal diskutiert!

In zahlreichen Pressekampagnen seit der großen Krise im Sommer 1965 hatte sich die Rechte in Griechenland immer wieder bemüht, politisches Kapital aus der ASPIDA-Affäre zu schlagen, um sich der Verantwortlich-

keit für die Geschehnisse in Griechenland nach Papandreou's Rücktritt zu entledigen. Es klang nicht selten wie eine erwiesene Tatsache, daß die Regierung der Zentrumsunion eine Verschwörung innerhalb der Armee nährte. Hält man sich dagegen vor Augen, daß die damalige Regierung bereits über eine absolute Mehrheit verfügte, so mag man allerdings an der Logik derartigen Behauptungen zweifeln. Ganze 15 Monate währten die Untersuchungen, während derer die Legende über eine angebliche Verschwörung mit Namen ASPIDA in der Rechtspresse und in zahlreichen Zeitungen der Welt aufrecht erhalten wurde. Inzwischen hat jetzt der Führer der konservativen ERE-Partei, Kanellopoulos, u. a. auch ein guter Jurist, eingesehen, daß er die ASPIDA-Affäre bei dem jetzigen Stand nicht mehr länger ausschalten kann, will er nicht das Risiko erheblicher Rückschläge eingehen. Sicherlich bewegten ihn auch die Gedanken an die kommenden Wahlen, als er am 20. 2. 1966 die Regierung Stefanopoulos stürzte; es war ihm wohl lieber, den Wahlkampf im Monat Mai ohne einen bereits im Sande verlaufenen Prozeß der "Affäre ASPIDA" führen zu können.

Der Beschluß des Militärgerichts, die Öffentlichkeit künftig von den Verhandlungen fernzuhalten, wurde auf das Verhalten der Verteidiger zurückgeführt, die nach der Meinung des Gerichts den Ablauf der Sitzungen "ständig störten". Nach Bekanntwerden dieses Beschlusses haben sich die meisten Verteidiger dafür ausgesprochen, auf eine weitere Teilnahme zu verzichten. Gleichzeitig hat die Union der Verleger der Athener Tageszeitungen aller politischen Richtungen den Beschluß des Gerichts verurteilt mit dem Hinweis, daß ab jetzt die Öffentlichkeit über den Weg zum Ausgang dieser Verhandlungen im Dunkeln bleiben müsse. Der Führer der Zentrumsunion, Georg Papandreou, bemerkte dazu, daß die Öffentlichkeit jetzt ihr Urteil gefaßt habe und stellte fest, daß die ganze ASPIDA-Affäre nichts als ein Komplott gegen die Zentrumsunion war. Auch Kanellopoulos, der Vorsitzende der ERE-Partei, sprach sich gegen den Gerichtsbeschuß aus, während der frühere Außenminister Tsirinkos in seinem Presseorgan für eine Amnestie der beschuldigten Offiziere eintrat.

Praktisch ist also die "Affäre ASPIDA" bereits tot. Merkwürdig ist nur, daß die meisten griechischen Zeitungen, die früher spaltenlang über die "Verschwörung der Familie Papandreou gegen die Demokratie" berichtet hatten, jetzt kaum noch eine Zeile dem Prozeß und seinen Hintergründen widmen...